J-A-2 Kampagne für die Bundestagswahl 2025

Gremium: KV Nordwestmecklenburg
Beschlussdatum: 26.09.2024
Tagesordnungspunkt: 0.J-A Kampagnenantrag (entfällt)

Antragstext

Zur Bundestagswahl 2025 sehen wir uns einem nie da gewesenen Rechtsruck gegenüber. Die durch Corona gebrochenen Lieferketten und der russische Angriffskrieg haben einen Preisschock ausgelöst, der die Inflationsrate in die Höhe schnellen ließ. Das Leben wurde teurer, während die Löhne hinterherhinken. Entlastungspakete wurden nur zu kurz geschnürt. Das Fallen der Wirtschaft in eine Rezession und der Rückgang der Konsumausgaben, verändern die politische Stimmung im Land zu Ungunsten von Arbeitslosen, aber vor allem von Asylbewerber*innen. Die Forderung nach mehr Abschiebung erfährt mittlerweile große Zustimmung in der gesamten Bevölkerung. Die rechtsextremen Kräfte profitieren enorm von der Versteifung auf dieses Thema, während die politische Linke es nicht schafft, ein Asylrecht für alle zu rechtfertigen. Angriffe auf politische Entscheidungsträger*innen nehmen zu, genauso wie das Protestwahlverhalten. Zu betonen ist in der Asyldebatte vor allem, dass sie Ausdruck der Unzufriedenheit ist. Das Einstürzen der Carola-Brücke ist ein gutes Beispiel für die marode deutsche Infrastruktur, die so viele in diesem Land frustriert.

Es war schon in den letzten vierzig Jahren nötig mehr Geld auszugeben, aber jetzt ist es Zeit dafür einzustehen. Schluss mit der neoliberalen Ideologie, dass der Staat nur das Geld seiner Steuerzahler*innen hat. Dadurch, dass ein Staat seine eigene Währung schöpft, ist es nicht notwendig einen “ausgeglichenen” Haushalt aufzustellen. Die Beendigung dieses Denkens macht den Weg frei, um soziale Politik unabhängig von der Besteuerung reicher Menschen zu machen. Die Erzählung der nachhaltigen Staatsfinanzen könnte genauso beiseite gewischt werden, wie die Erbsenzähler-Kürzungen der letzten Jahre. Arbeitslosigkeit kann wieder als wichtigste wirtschaftliche Kennzahl in Erscheinung treten. Denn eine Wirtschaft ist vor allem erst dann ausgelastet, wenn Vollbeschäftigung erreicht wird. Natürlich muss bei der staatlichen Geldschöpfung auf die Auslastung der Wirtschaft geachtet werden, denn wenn die Nachfrage nach einem etwas das Angebot übersteigt, werden Preise erhöht, es entsteht also Inflation.

Die deutsche Wirtschaft ist momentan nicht ausgelastet, steigende

Arbeitslosenzahlen, weniger offene Stellen und der Rückgang der Konsumausgaben zeigen das. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar und der entstehende Frust ist eine Gefahr für die öffentliche Ordnung.

Wir als GRÜNE JUGEND haben als Jugendorganisation einer Regierungspartei einen Platz in der Öffentlichkeit, den wir nutzen können, um den Diskurs mit guten Argumenten zu bereichern. Wir verfügen über die Mittel, gute Social Media Inhalte zu produzieren, die aufklären und unterhalten. Wir wollen darauf hinwirken, den Lebensstandard der unteren Einkommensklassen endlich zu verbessern!

Kostenloser ÖPNV

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist nicht nur ein Mittel zur Fortbewegung, sondern ein entscheidender Faktor für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz. In ländlichen Regionen bleibt der Zugang oft eingeschränkt, während in den Städten die hohen Kosten für Fahrkarten viele Menschen davon abhalten, den ÖPNV regelmäßig zu nutzen. Unsere Forderung nach einem kostenlosen und flächendeckend verfügbaren ÖPNV basiert auf der Überzeugung, dass Mobilität ein Menschenrecht ist.

Der Verkehrssektor trägt in Deutschland massiv zur Emission von Treibhausgasen bei. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir den Kraftverkehr reduzieren und Alternativen schaffen. Ein kostenloser ÖPNV würde Menschen dazu motivieren, das Auto stehenzulassen und auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. So entlasten wir nicht nur die Umwelt, sondern auch den Geldbeutel vieler Menschen. Gleichzeitig schaffen wir eine sozialere Gesellschaft, in der Mobilität nicht mehr vom Einkommen abhängt.

Erhöhung des Einkommenssteuerfreibetrags

Ein gerechtes Steuersystem bildet die Grundlage für eine solidarische Gesellschaft. Doch das aktuelle System bevorzugt hohe Einkommen und vertieft die soziale Ungleichheit. Der Einkommenssteuerfreibetrag, der festlegt, ab wann Einkommen besteuert wird, spielt dabei eine zentrale Rolle. Eine Anhebung dieses Freibetrags reduziert nicht nur die Zahl der Steuerfälle und verringert den bürokratischen Aufwand, sondern führt auch zu einer Entlastung aller Steuerzahler*innen.

Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel

Ein weiteres zentrales Element unserer Kampagne ist die Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Die aktuellen Lebensmittelpreise belasten vor allem die ärmeren Teile der Gesellschaft. Während Menschen mit hohem Einkommen nur einen geringen Teil ihres Budgets für Lebensmittel ausgeben, müssen Geringverdiener oft einen erheblichen Anteil ihres Einkommens dafür

aufwenden. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel verstärkt diese Ungleichheit zusätzlich. Wir fordern daher die vollständige Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Produkte des täglichen Bedarfs wie Brot, Milch, Gemüse und Obst.

Durch diese Maßnahme können wir sicherstellen, dass sich alle Menschen in Deutschland notwendige Lebensmittel leisten können. Niemand soll vor die Wahl gestellt werden, ob er die Miete bezahlt oder sich seine Ernährung leisten kann. Gerade in Zeiten steigender Inflation und wirtschaftlicher Unsicherheiten ist es wichtig, dass der Staat aktiv eingreift, um die Grundbedürfnisse der Menschen zu schützen. Die Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ist ein entscheidender Schritt, um Armut zu bekämpfen.

Senkung der Sozialbeiträge

Die hohen Sozialabgaben stellen für viele Menschen eine erhebliche Belastung dar, insbesondere für diejenigen, die ohnehin nur ein geringes Einkommen haben. Daher fordern wir eine Senkung der Sozialbeiträge, um Geringverdiener zu entlasten und ihnen mehr Netto vom Brutto zu ermöglichen.

Kostenlose Bildung

Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Aufstieg und Chancengleichheit. In Deutschland hängt der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung jedoch immer noch stark vom sozialen Hintergrund ab. Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschulausbildung sind die Bildungschancen oft ungleich verteilt. Dies führt dazu, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien seltener höhere Bildungsabschlüsse erreichen und somit in ihren Möglichkeiten beschränkt werden. Um dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, fordern wir eine umfassende Reform des Bildungssystems, in deren Zentrum die kostenlose Bildung für alle steht.

Kostenlose Bildung bedeutet nicht nur die Abschaffung von Studien- und Kita-Gebühren. Es bedeutet auch, dass Bildungseinrichtungen so ausgestattet werden müssen, dass sie allen Schüler*innen und Studierenden die bestmögliche Unterstützung bieten. Wir fordern massive Investitionen in Schulen, Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen, um sicherzustellen, dass Bildung für alle zugänglich und qualitativ hochwertig ist.

Die Digitalisierung des Bildungssystems ist dabei ein zentraler Bestandteil. In einer zunehmend digitalen Welt dürfen Kinder und Jugendliche nicht aufgrund ihrer Herkunft oder finanziellen Situation von moderner Technologie ausgeschlossen sein. Kostenfreie und umfassend ausgestattete Lernumgebungen sind ein Muss, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Nur so können wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen die Fähigkeiten erwerben, die sie für ein selbstbestimmtes Leben in der digitalen Zukunft benötigen.

Weitere Inhalte

Natürlich gibt es viele weitere Themen, die die Leben vieler Menschen betreffen, aber viele von ihnen sind nicht Wahl entscheidend. Wir müssen uns für den Walkampf auf unsere Kernforderungen fokussieren, denn unser Ziel ist es, einen Großteil der Bevölkerung abzuholen. Natürlich sind Veränderungen in der Umwelt-, Tierschutz-, Drogen-, Asyl-, Gleichstellungspolitik nötig, aber diese Themen sind für die vielen nicht betroffenen Menschen nicht relevant und sollten deshalb keine besondere Rolle in dieser Kampagne spielen.

Hierbei muss betont werden, dass den wenigen Betroffenen natürlich sehr viel daran liegt, einen anderen gesellschaftlichen Umgang zu erfahren. Sie haben ein Recht darauf, anders behandelt zu werden. Deshalb dürfen die Lösungen, auch wenn sie nicht Teil des Wahlkampfs sind, nicht unter den Tisch fallen!

Klimaschutz ist entscheidend für den Fortbestand des Lebens, wie wir es heute kennen. Klimaneutralität ist ein wichtiges Ziel unserer Gesellschaft und dennoch soll das Klima keine große Rolle im Wahlkampf spielen. Das bedeutet natürlich nicht, dass Abstriche beim Klimaschutz gemacht werden sollen - ganz im Gegenteil.

Genauso der Angriffskrieg gegen die Ukraine: Es ist richtig, ein völkerrechtswidrig angegriffenes Land zu unterstützen, sodass seine Unabhängigkeit erhalten bleibt. Nichtsdestotrotz wird es kein Thema im Wahlkampf sein.

Unser Angebot im Wahlkampf soll aufzeigen, was die Politik aktuell für die Bürger*innen tun kann und nicht andersherum.

Umsetzung:

Mit dieser neuen Kampagne wollen wir zeigen, dass wir als Organisation, vereint durch starke Werte und schlagkräftige Inhalte, Großes bewegen können. Bereits in der Vergangenheit haben wir gezeigt, dass eine klare Positionierung in der Öffentlichkeit uns sichtbar und hörbar macht. Dieses Mal setzen wir verstärkt auf den digitalen Raum. Kurze, prägnante Videos werden unser Mittel sein, um unsere Argumente in die Breite zu tragen – online, auf Social Media und überall dort, wo wir junge Menschen erreichen können. Unsere Inhalte sollen nicht nur informieren, sondern auch zum Mitmachen und Nachdenken anregen.

Wir bauen auf unseren bisherigen Erfolgen auf und wollen noch mehr Potenziale ausschöpfen. In den letzten Monaten haben uns viele neue Mitstreiter*innen erreicht, die genau wie wir eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft wollen. Diese Aktivist*innen werden wir durch gezielte Social Media-Workshops und Trainings in den Kreisverbänden und Landesverbänden befähigen, sich aktiv in unserer neuen Kampagne. Dabei wollen wir ihnen die Werkzeuge an die Hand geben,

um in den sozialen Medien kraftvoll und professionell aufzutreten. Gemeinsam bereiten wir uns auf die nächsten Schritte vor, denn diese Kampagne lebt davon, dass wir auf allen Ebenen präsent und organisiert sind.

Mit einer sorgfältigen Vorbereitung und einem strukturierten Vorlauf müssen wir sicherstellen, dass unser Ansatz nicht nur kurzfristig greift, sondern langfristig Wirkung zeigt. In einem Umfeld, in dem der digitale Wahlkampf immer wichtiger wird.

Unser Ziel ist es, junge Menschen nicht nur anzusprechen, sondern sie aktiv in den politischen Prozess einzubinden. Wer bei uns mitmacht, ist von Anfang an ein wichtiger Teil unserer Bewegung. Ob bei der Entwicklung von Kampagneninhalten oder in der Umsetzung– bei uns wird politische Arbeit aktiv gestaltet! Lasst uns also gemeinsam diese Chance nutzen, unsere Positionen lautstark und selbstbewusst mit guten Argumenten nach außen zu tragen.

Los geht's

Der Bundesvorstand wird beauftragt ein Wahlkampfteam für die Bundestagswahl 2025 einzurichten. Es erarbeitet auf Grundlage dieses Antrags eine bundesweite Kampagne. Der Bundesvorstand entsendet fünf Mitglieder, darunter die beiden Sprecher*innen und die politische Geschäftsführerin, in das Wahlkampfteam. In Absprache mit den Landesvorständen koordiniert das Wahlkampfteam die Durchführung der Kampagne. Im Rahmen der weiteren Ausgestaltung beschäftigt sich das Wahlkampfteam darüber hinaus mit der Personalisierung einzelner Themenschwerpunkte oder Geschichten.

Die Kampagne zur Bundestagswahl braucht uns alle! Lasst uns im nächsten Jahr gemeinsam mit einem neuen Vorstand und dieser Kampagne kraftvoll voranschreiten!

Begründung

Wir sind für Änderungsvorschläge und Nachfragen an gustavburmester@icloud.com gerne offen.